

Der Verletzte im Strafverfahren

Leitfaden für die Praxis

Bearbeitet von
Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler

1. Auflage 2016. Buch. XXXVII, 362 S. In Leinen
ISBN 978 3 406 70220 4
Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Recht > Strafrecht > Strafverfahrensrecht, Opferschutz](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

beck-shop.de

Damagüler
Der Verletzte im Strafverfahren
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Der Verletzte im Strafverfahren

Handbuch für die Praxis

von

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler, MPA (Harvard)

Rechtsanwalt

1. Auflage 2016



C.H. BECK

www.beck.de

ISBN 978 3 406 70220 4

© 2016 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Neustädter Straße 1-4, 99947 Bad Langensalza

Satz: Textservice Zink
Neue Steige 33, 74869 Schwarzach

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Die Stellung des Verletzten im Strafverfahren wird heute durch ein Mosaik von verstreuten Einzelregelungen geprägt, die sich sowohl innerhalb der Strafprozessordnung als auch in anderen Rechtsakten finden und im Einzelfall leicht übersehen werden können. Eine immer schnellere Rechtsentwicklung, die der deutsche Gesetzgeber, die Europäische Union sowie die Europäischen Gerichte durch stetige Reformimpulse befeuern, erschwert dem Rechtsanwender die Orientierung zusätzlich. Vor diesem Hintergrund hat es das vorliegende Handbuch zum Ziel, der juristischen Praxis aus Anwaltschaft und Justiz sowie Opferschutzorganisationen (wie z.B. dem Weißen Ring) eine Übersicht des einschlägigen „Opferrechts“ und seiner Anwendung im Verfahrensalltag zu liefern.

Eingeleitet wird das Buch mit einer kurzen Einführung in die historische Entwicklung der Verfahrensstellung des Verletzten. Im zweiten Teil werden dann einige Grundsätze dargelegt, die speziell bei der *anwaltlichen* Vertretung des Verletzten einer Straftat berücksichtigt werden sollten. Der dritte Teil des Handbuchs befasst sich im Anschluss daran mit präventiven Maßnahmen zum Schutz des Verletzten, die bereits vor oder parallel zu einem Strafverfahren vorgenommen werden können (z.B. in Form zivilrechtlicher Unterlassungsklagen).

Die Ausführungen zum einschlägigen (Straf-)Verfahrensrecht i.e.S. beginnen dann in Teil 4 mit einer Darstellung der allgemeinen Rechte des Verletzten, die ihm unabhängig von der Art des Verfahrens und der betroffenen Straftat zustehen. Hierzu zählen insbesondere das Recht auf Akteneinsicht sowie das Recht auf anwaltlichen Beistand, aber z.B. auch der gesetzlich neu normierte Anspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung. Daran anschließend wird in Teil 5 aufgezeigt, welche Rechte und Pflichten der Verletzte in Ansehung seiner Stellung als Zeuge im Strafverfahren hat.

Einen wichtigen Schwerpunkt des Buches bildet in Teil 6 die Darstellung der Nebenklage, die heute das praktisch bedeutsamste Instrument zur Beeinflussung eines Strafverfahrens durch den Verletzten darstellt. Erläutert werden hier zunächst die Voraussetzungen und Modalitäten der Erhebung der Nebenklage, bevor dann eine Beschreibung der Verfahrensrechte und der Rechtsmittelbefugnisse des Nebenklägers in den verschiedenen Prozessstadien erfolgt. Praxisorientierte Ausführungen zu Kosten und Finanzierung der Nebenklage runden die Darstellung ab. Nach ähnlichem Schema werden in den Teilen 7 bis 9 die Regelungen

über die Privatklage (Teil 7), das Klageerzwingungsverfahren (Teil 8) sowie das Adhäsionsverfahren (Teil 9) beschrieben.

Abgeschlossen wird das Handbuch dann mit einem Abschnitt über die staatliche Opferentschädigung und sonstige finanzielle Hilfsmöglichkeiten für Verletzte von Straftaten (Teil 10), einem Überblick über den Täter-Opfer-Ausgleich (Teil 11) sowie einer Einführung in die einschlägigen Rechtsquellen des Völker- und Unionsrechts, die zunehmenden Einfluss auf die Prozessstellung des Verletzten haben (Teil 12). Im Anhang findet sich zudem eine Zusammenstellung von relevanten Musterurteilsätzen.

Besonderen Dank möchte ich Herrn Kilian Wegner LL.B. (Bucerius) aussprechen. Er hat mir bei der Abfassung dieses Buches mit seinem ausgeprägten juristischen Sachverstand geholfen und mich mit wertvollen Anregungen begleitet.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler, MPA (Harvard)

Berlin, im Frühjahr 2016

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XXVII
Teil 1. Einleitung	1
Teil 2. Anwaltliche Vertretung des Verletzten einer Straftat	7
Teil 3. Präventiver Opferschutz	11
A. Schutzanordnungen nach dem GewSchG	11
B. Zivilrechtlicher Unterlassungsanspruch	21
C. Besonderheiten bei Opfern häuslicher Gewalt	22
D. Opferschutz bei Belästigungen am Arbeitsplatz	30
Teil 4. Allgemeine Verfahrensrechte des Verletzten	33
A. Begriff des Verletzten	33
B. Auskunftsrechte	35
C. Recht auf Akteneinsicht	37
D. Recht auf Beteiligung an Verständigungsgesprächen	44
E. Anwaltlicher Verletztenbeistand und Vertrauensperson	44
F. Dolmetscher und andere Sprachmittler	45
G. Psychosoziale Prozessbegleitung	46
Teil 5. Der Verletzte als Zeuge	49
A. Zeugenpflichten und Zeugenrechte im Überblick	49
B. Zeugenvernehmung in verschiedenen Stadien des Strafverfahrens	52
C. Anwaltlicher Zeugenbeistand	53
D. Schutz des Verletzten als Zeugen	65
Teil 6. Nebenklage	75
A. Erhebung der Nebenklage	75
B. Verfahrensrechte des Nebenklägers	104
C. Rechtsmittel des Nebenklägers, die den Ausgang des Strafverfahrens betreffen	122
D. Kosten und Finanzierung der Nebenklage	128

Teil 7. Privatklageverfahren	161
A. Einleitung	161
B. Grundsätzliche strategische Erwägungen des Privatklägervertreters	162
C. Sachliche Voraussetzungen des Privatklageverfahrens	166
D. Einleitung des Privatklageverfahrens	186
E. Ablauf des Privatklageverfahrens	188
F. Rechtsmittel, Wiederaufnahme und Wiedereinsetzung	205
G. Kosten und Finanzierung des Privatklageverfahrens	209
H. Besonderheiten des Privatklägermandats	217
 Teil 8. Klageerzwingungsverfahren	 219
A. Ziel des Klageerzwingungsverfahrens	219
B. Sachlicher Anwendungsbereich des Klageerzwingungs- verfahrens	220
C. Persönliche Verfahrensvoraussetzungen	222
D. Ablauf des Klageerzwingungsverfahrens	227
E. Kosten und Finanzierung des Klageerzwingungsverfahrens	244
F. Wiederholung des Klageerzwingungsverfahrens und Alternativen	249
 Teil 9. Adhäsionsverfahren	 251
A. Einleitung	251
B. Zulässigkeit des Adhäsionsverfahrens	255
C. Einleitung des Adhäsionsverfahrens	261
D. Ablauf der Hauptverhandlung	264
E. Abschluss des Adhäsionsverfahrens	267
F. Rechtsmittel und Wiederaufnahme	274
G. Kosten des Adhäsionsverfahrens	276
 Teil 10. Opferentschädigung und sonstige finanzielle Hilfe für Verletzte von Straftaten	 281
A. Opferentschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz	281
B. Opferentschädigung durch Opferentschädigungsfonds	293
 Teil 11. Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung	 297
A. Täter-Opfer-Ausgleich	299
B. Schadenswiedergutmachung	303
C. Prozessuales	305
D. Rechtsfolgen	307
E. Kosten und Vergütung	308

Teil 12. Einfluss des Völker- und Unionsrechts auf die Prozessstellung des Verletzten	309
A. Prozessuale Rechte des Verletzten in der EMRK	309
B. Prozessuale Rechte des Verletzten in der EU-Grundrechtecharta	318
C. Prozessualer Schutz des Verletzten im Unionssekundärrecht – die EU-Opferrechtsrichtlinie	322
Teil 13. Musterformulare	327
Sachverzeichnis	359

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XXVII
Teil 1. Einleitung	1
Teil 2. Anwaltliche Vertretung des Verletzten einer Straftat	7
Teil 3. Präventiver Opferschutz	11
A. Schutzanordnungen nach dem GewSchG	11
I. Anwendungsbereich	11
II. Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt und Nachstellungen	12
1. Voraussetzungen	12
a) Widerrechtliche vorsätzliche Verletzungshandlung	12
b) Drohung, Verletzung des Hausrechts oder unzumutbare Belästigung	13
c) Wiederholungsgefahr	14
d) Subjektiver Tatbestand und Schuld	15
2. Rechtsfolgen	16
III. Überlassung einer gemeinsam genutzten Wohnung	17
1. Voraussetzungen	17
2. Rechtsfolgen	19
IV. Gerichtliches Verfahren	20
1. Hauptantrag	20
2. Einstweilige Verfügung	20
3. Vollstreckung	21
B. Zivilrechtlicher Unterlassungsanspruch	21
C. Besonderheiten bei Opfern häuslicher Gewalt	22
I. Wohnungszuweisung bei Eheleuten	23
1. Voraussetzungen	23
2. Gerichtliches Verfahren	24
3. Vollstreckung	25
II. Polizeirechtlicher Platzverweis und Polizeigewahrsam	25
III. Maßnahmen bei einer Gefährdung des Kindeswohls	26
1. Generalklausel	26
2. Übertragung der Alleinsorge bei getrenntlebenden Eltern	27
3. Beschränkung und Ausschluss des Umgangsrechts	29

D. Opferschutz bei Belästigungen am Arbeitsplatz	30
--	----

Teil 4. Allgemeine Verfahrensrechte des Verletzten	33
A. Begriff des Verletzten	33
B. Auskunftsrechte	35
I. Auskunftsrechte im Strafverfahren	35
II. Auskunftsrechte im Strafvollstreckungsverfahren	36
C. Recht auf Akteneinsicht	37
I. Berechtigtes Interesse	38
II. Versagungsgründe	38
1. Schutzwürdige Interessen des Beschuldigten (§ 406e Abs. 2 S. 1 StPO)	38
2. Gefährdung des Untersuchungszwecks (§ 406e Abs. 2 S. 2 StPO)	39
3. Verzögerung des Verfahrens (§ 406e Abs. 2 S. 3 StPO) . .	41
III. Umfang des Einsichtsrechts	42
IV. Verfahren und Rechtsmittel	42
1. Akteneinsicht im Ermittlungsverfahren	42
2. Akteneinsicht im Zwischenverfahren	43
3. Akteneinsicht im Hauptverfahren	43
4. Akteneinsicht nach rechtskräftigem Verfahrensabschluss .	43
V. Auskünfte und Abschriften ohne Einschaltung eines Anwalts	43
D. Recht auf Beteiligung an Verständigungsgesprächen	44
E. Anwaltlicher Verletztenbeistand und Vertrauensperson	44
F. Dolmetscher und andere Sprachmittler	45
G. Psychosoziale Prozessbegleitung	46
I. Gesetzliches Leitbild und Ausbildung	46
II. Verfahrensrechte des psychosozialen Prozessbegleiters	47
III. Beiordnung eines psychosozialen Prozessbegleiters auf Staatskosten	47
IV. Vergütung und Kosten	48

Teil 5. Der Verletzte als Zeuge	49
A. Zeugenpflichten und Zeugenrechte im Überblick	49
B. Zeugenvernehmung in verschiedenen Stadien des Strafverfahrens	52
C. Anwaltlicher Zeugenbeistand	53
I. Prozessrolle	54
II. Rechtsstellung	55

1. Akteneinsicht des einfachen Zeugenbeistands	55
2. Akteneinsicht des Verletztenbeistands	56
III. Anwesenheitsrecht	57
IV. Ausschluss	58
1. Unzumutbare Beeinträchtigung der Wahrheitsermittlung	58
2. Regelbeispiele	59
a) Tatbeteiligung	59
b) Interessenkollision	60
c) Verdunkelungshandlungen und Weitergabe von Erkenntnissen	60
V. Beiordnung	61
1. Voraussetzungen der Beiordnung	61
a) Fehlen eines Zeugenbeistands	61
b) Unfähigkeit zur eigenen Wahrnehmung der Zeugenbefugnisse	61
c) Subsidiarität	62
2. Beiordnungsverfahren, Umfang der Beiordnung und Rechtsmittel	63
VI. Kosten und Vergütung	64
D. Schutz des Verletzten als Zeugen	65
I. Beschränkung der Aussagepflicht	65
1. Geheimhaltung des Wohnortes	65
2. Geheimhaltung der Identität	66
II. Zeugenschutzprogramm	67
III. Unzulässige Fragen	68
1. Ungeeignete Fragen	68
a) Fragen nach entehrenden Tatsachen	69
b) Fragen nach der Glaubwürdigkeit	69
2. Sachfremde Fragen	70
IV. Ausschluss der Öffentlichkeit	70
V. Entfernung des Angeklagten	71
VI. Videovernehmung	72
1. Vernehmung im Ermittlungsverfahren	73
a) Einsatz der Videotechnik nach § 58a StPO	73
b) Getrennte Zeugenvernehmung nach § 168e StPO	73
2. Videosimultanübertragung in der Hauptverhandlung	74
Teil 6. Nebenklage	75
A. Erhebung der Nebenklage	75
I. Nebenklagefähige Verfahrensarten	75
1. Strafverfahren gegen Erwachsene und Heranwachsende	75

2. Strafverfahren gegen Jugendliche	76
a) Nebenklage nach § 80 Abs. 3 S. 1 Alt. 1 JGG	76
aa) Verbrechen gegen das Leben	76
bb) Verbrechen gegen die körperliche Unversehrtheit	76
cc) Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung	77
dd) Schwere seelische oder körperliche Schädigung bzw. Schädigungsgefahr	77
b) Nebenklage nach § 80 Abs. 3 S. 1 Alt. 2 JGG	78
c) Nebenklage nach § 80 Abs. 3 S. 2 JGG i.V.m. § 395 Abs. 2 Nr. 1 StPO	79
d) Zusammentreffen von Taten Jugendlicher, Heraufwachsener und Erwachsener	79
e) Weitere Besonderheiten bei der Nebenklage in Strafverfahren gegen Jugendliche	80
3. Sicherungsverfahren und Verfahren über die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung	80
4. Wiederaufnahmeverfahren	81
II. Nebenklagebefugnis	82
1. Deliktskatalog gem. § 395 Abs. 1 StPO	82
a) Möglichkeit der Verwirklichung eines Katalogtatbestandes	82
b) Rechtswidrige Tat/Qualifikationsdelikte	83
c) Verletzteneigenschaft	84
d) Versuchte Taten	85
e) Beteiligung und Vorstufen der Beteiligung	86
f) Tateinheit und Gesetzeskonkurrenz	86
2. Erweiterung des nebenklagebefugten Personenkreises gem. § 395 Abs. 2 StPO	87
a) Nebenklagebefugnis naher Angehöriger gem. § 395 Abs. 2 Nr. 1 StPO	87
b) Nebenklagebefugnis des Antragsstellers im Klageerzwingungsverfahren gem. § 395 Abs. 2 Nr. 2 StPO	88
3. Öffnungsklausel des § 395 Abs. 3 StPO	89
a) Erfasste Delikte	89
b) Gebotenheit des Anschlusses als Nebenkläger aus besonderen Gründen	90
III. Weitere Voraussetzungen der Nebenklage	92
1. Strafantrag	92
2. Rollengerechtes Verhalten des Nebenklägers?	94
3. Sonstige Prozessvoraussetzungen	95
IV. Anslusserklärung	95
1. Adressat	95
2. Prozessfähigkeit und Vertretung	96

3. Form	97
4. Begründung	97
5. Zeitpunkt der Anschlussklärung und Wirksamwerden	97
6. Widerruf und Verzicht	98
V. Weiteres Anschlussverfahren	99
1. Anhörung	99
2. Wirkung des gerichtlichen Zulassungsbeschlusses/ Bestandskraft	100
3. Rechtsschutz gegen einen gerichtlichen Nichtzulassungsbeschluss	101
a) Beschwerde	101
b) Revision	102
c) Erneute Anschlussklärung vor der Berufungs- oder Revisionsinstanz	103
B. Verfahrensrechte des Nebenklägers	104
I. Verfahrensrechte im Ermittlungsverfahren	104
1. Auskunftsrechte	104
2. Akteneinsichtsrecht	105
3. Anwesenheitsrecht	105
4. Beweisantragsrecht	106
5. Recht auf einen Beistand	107
a) Voraussetzungen der Verfahrensbeteiligung	107
b) Verfahren und Rechtsschutz	109
c) Kosten und Finanzierung	109
d) Vorläufige Beiordnung	109
6. Recht auf Beteiligung an Verständigungsgesprächen	110
7. Recht auf Hinzuziehung eines Dolmetschers und Recht auf Übersetzung von Dokumenten	111
8. Psychosoziale Prozessbegleitung	111
II. Verfahrensrechte im Zwischenverfahren	111
1. Auskunftsrechte	111
2. Akteneinsichtsrecht und Recht auf Übersendung der Anklageschrift	111
3. Anwesenheitsrecht	112
4. Beweisantragsrecht	112
5. Recht auf einen Beistand	112
6. Recht auf Beteiligung an Verständigungsgesprächen	113
III. Verfahrensrechte im Hauptverfahren	113
1. Fortgeltung der allgemeinen Verfahrensrechte und ungeschriebene Verfahrensrechte	113
2. Anwesenheitsrecht	115
3. Gehörsrecht	117
4. Allgemeines Erklärungsrecht; Schlussvortrag	117

5. Beweisantragsrecht	117
6. Recht auf Ladung von Zeugen und Sachverständigen	118
7. Ablehnungsrecht, Besetzungseinwand	118
8. Fragerecht und Recht auf Beanstandung von Fragen und richterlichen Anordnungen	119
9. Recht auf Beteiligung an Verständigungsgesprächen	119
10. Recht auf Übersetzung von Dokumenten	119
IV. Verfahrensrechte im Strafvollstreckungsverfahren	120
V. Verfahrensrechte im Wiederaufnahmeverfahren	121
C. Rechtsmittel des Nebenklägers, die den Ausgang des Strafverfahrens betreffen	122
I. Rechtsmittel gegen Strafurteile	122
1. Keine Anfechtung des Rechtsfolgenausspruchs	122
2. Anfechtung nur in Bezug auf nebenklagefähige Delikte	124
3. Besondere Anforderungen an die Begründung einer Nebenklägerrevision	124
II. Rechtsmittel gegen verfahrensbeendende Beschlüsse	125
III. Rechtsmittelbefugnisse im Wiederaufnahmeverfahren	126
D. Kosten und Finanzierung der Nebenklage	128
I. Einschlägiges Gebührenrecht für den Nebenklagevertreter	128
1. Besonderheiten bei den Gebühren des gewählten Nebenklagevertreters	130
2. Besonderheiten bei den Gebühren des beigeordneten Nebenklagevertreters	132
3. Pauschgebühr	134
a) Pauschgebühr des gewählten Nebenklagevertreters	134
b) Pauschgebühr des gerichtlich beigeordneten Nebenklagevertreters	135
II. Kostentragung durch den Beschuldigten	136
1. Kostentragung im Falle einer Verurteilung	136
2. Kostentragung bei (Teil-)Freispruch des Angeklagten oder (Teil-)Verfahrenseinstellung	139
3. Kostenentscheidung in besonderen Verfahrenssituationen	141
a) Verfahren gegen Heranwachsende	141
b) Strafbefehlsverfahren	141
4. Kostenentscheidung im Rechtsmittelverfahren	142
a) Rechtsmittel des Nebenklägers	142
b) Rechtsmittel des Beschuldigten	143
c) Zusammentreffen mehrerer Rechtsmittel	144
III. Zusätzliches Kostenrisiko für den Nebenkläger	144
1. Zusätzliches Kostenrisiko des Nebenklägers in der	
1. Instanz	144

2. Zusätzliches Kostenrisiko des Nebenklägers im Rechtsmittelverfahren	145
IV. Rechtsmittel gegen eine nachteilige Kostenentscheidung	147
V. Bestellung eines Nebenklagevertreters auf Staatskosten	148
1. Antrag	149
2. Sachliche Voraussetzungen	149
3. Gerichtliche Entscheidung über den Beiordnungsantrag	150
4. Rechtsmittel	152
5. Wirkung und Dauer der Beiordnung	152
6. Wechsel des Nebenklagevertreters, Übertragung des Mandats	153
7. Beiordnung schon im Ermittlungsverfahren/ohne Anschlusserklärung	153
8. Gebühren- und kostenrechtliche Auswirkung der Beiordnung	153
VI. Prozesskostenhilfe	154
1. Antragsvoraussetzungen	154
2. Form und Zeitpunkt der Antragsstellung	156
3. Gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Prozesskostenhilfe	157
4. Rechtsmittel	157
5. Rechtsfolgen, Umfang der Prozesskostenhilfe	158
 Teil 7. Privatklageverfahren	 161
A. Einleitung	161
B. Grundsätzliche strategische Erwägungen des Privatklägervertreters	162
C. Sachliche Voraussetzungen des Privatklageverfahrens	166
I. Vorliegen einer privatklagefähigen Tat	166
1. Katalog der Privatklagedelikte	166
2. Konkurrenzen zu Offizialdelikten	166
a) Tatmehrheit	166
b) Gesetzeskonkurrenz und Tateinheit	167
c) Divergenzen zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft	168
II. Privatklageberechtigung und Prozessfähigkeit	169
1. Deliktsbezogene Einzelheiten zum Verletztenbegriff	170
a) Hausfriedensbruch (§ 123 StGB)*	170
b) Beleidigung (§§ 185–189 StGB)*	170
c) Verletzung des Briefgeheimnisses (§ 202 StGB)*	171
d) Einfache sowie fahrlässige Körperverletzung (§§ 223, 229 StGB)*	171
e) Nachstellung (§ 238 StGB)	171

f) Bedrohung (§ 241 StGB)*	172
g) Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)	172
h) Sachbeschädigung (§ 303 StGB)*	172
i) Vollrausch (§ 323a StGB)*	172
j) Straftaten nach §§ 16–19 UWG (strafbare Werbung, Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, Verwertung von Vorlagen, Verleiten und Erbieten zum Verrat)	173
k) Strafbare Verstöße gegen das Patent- oder Urheberrecht	173
2. Prozessfähigkeit	173
3. Mehrere Klageberechtigte (§ 375 StPO)	174
III. Übernahme des Privatklageverfahrens durch die Staatsanwaltschaft (§§ 376, 377 StPO; RiStBV 86, 87, 172, 229–235)	176
IV. Strafantrag	178
V. Sühneversuch (§ 380 StPO)	179
1. Der Sühneversuch als Zulässigkeitsvoraussetzung	179
2. Entbehrlichkeit des Sühneversuchs	180
3. Zuständige Vergleichsbehörde	181
4. Das Sühneversuchsverfahren	181
a) Einleitung	182
b) Ablauf	182
c) Abschluss der Sühneversuchs	183
VI. Sonstige sachliche Zulässigkeitsvoraussetzungen	184
1. Keine Privatklage gegen Jugendliche und Heranwachsende	184
2. Immunität	185
3. Extraterritorialität	186
D. Einleitung des Privatklageverfahrens	186
E. Ablauf des Privatklageverfahrens	188
I. Vorschriftsmäßigkeitsprüfung	188
II. Entscheidung über Eröffnung, Zurückweisung bzw. Einstellung	188
1. Prüfungskatalog	188
2. Eröffnung des Hauptverfahrens	189
3. Zurückweisung der Privatklage	189
4. Einstellung wegen geringer Schuld	190
III. Das Hauptverfahren	191
1. Anwendbare Vorschriften	191
2. Verlesen des Eröffnungsbeschlusses durch den Vorsitzenden	192
3. Keine Verbindung mit Schwurgerichtssachen	193

4. Verfahrensstellung und -rechte des Privatklägers	193
a) Rechte des Privatklägers	193
b) Pflichten des Privatklägers	194
5. Verfahrensstellung und Verfahrensrechte des Angeklagten	195
6. Beweisaufnahme	196
7. Beteiligungsrechte der Staatsanwaltschaft	197
8. Beendigung des Hauptverfahrens	198
a) Einstellung bei Offizialdelikten	198
b) Einstellung aufgrund geringer Schuld	199
c) Einstellung aufgrund eines Vergleichs	199
aa) Klage- bzw. Strafantragsrücknahme	199
bb) Vergleichsabschluss	200
cc) Kosten	200
dd) Inhalt der Vergleichsregelung	201
ee) Wirkung des Vergleichs	201
d) Einstellung aufgrund Klagerücknahme	201
aa) Rücknahmeerklärung	201
bb) Rücknahmefiktion	202
cc) Teilerücknahme	202
dd) Zustimmung des Angeklagten	203
ee) Wirkung der Rücknahme	203
e) Tod des Privatklägers oder des Angeklagten	203
aa) Verfahrenseinstellung	203
bb) Verfahrensfortsetzung	204
cc) Bekanntmachung	205
dd) Tod des Angeklagten	205
F. Rechtsmittel, Wiederaufnahme und Wiedereinsetzung	205
I. Rechtsmittelbefugnis des Privatklägers	205
II. Wiederaufnahmeantrag des Privatklägers	206
III. Rechtsmittelfrist	206
IV. Form der Rechtsmitteleinlegung	207
V. Gebührenvorschuss	207
VI. Abwesenheit und Wiedereinsetzung des Privatklägers in der Rechtsmittelinstanz	207
VII. Einstellung wegen Geringfügigkeit	208
VIII. Beteiligung der Staatsanwaltschaft	209
G. Kosten und Finanzierung des Privatklageverfahrens	209
I. Kosten bei antragsgemäßer Verurteilung des Beschuldigten	210
II. Kosten bei Freispruch, Klagezurückweisung oder Verfahrenseinstellung	210
III. Kosten bei Teilerfolg des Privatklägers	211
IV. Kosten bei Einstellung wegen Geringfügigkeit	212

V. Kosten bei Widerklage	213
VI. Kosten bei Vergleich	213
VII. Kosten bei Verfolgungsübernahme durch die Staatsanwaltschaft	213
VIII. Kosten des Rechtsmittelverfahrens	213
IX. Gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Privatkläger bzw. Beschuldigter	214
X. Gebührenvorschuss	215
XI. Sicherheitsleistung des Privatklägers für den Beschuldigten	216
XII. Prozesskostenhilfe	216
XIII. Anwaltsvergütung	216
H. Besonderheiten des Privatklägermandats	217
 Teil 8. Klageerzwingungsverfahren	 219
A. Ziel des Klageerzwingungsverfahrens	219
B. Sachlicher Anwendungsbereich des Klageerzwingungs- verfahrens	220
I. Keine Klageerzwingung bei Privatklagedelikten	220
II. Keine Klageerzwingung bei Opportunitätseinstellungen	221
C. Persönliche Verfahrensvoraussetzungen	222
I. Verletzteneigenschaft	222
1. Grundsätze	222
2. Deliktsspezifische Einzelfälle	225
II. Prozessfähigkeit	227
III. Rechtsschutzbedürfnis	227
D. Ablauf des Klageerzwingungsverfahrens	227
I. Erste Stufe: Erfolgreicher Antrag auf Erhebung der öffentlichen Klage bzw. auf Aufnahme von Ermittlungen und Verfahrenseinstellung	228
II. Zweite Stufe: Erfolgreiche Vorschaltbeschwerde	228
1. Zuständigkeit und Beschwerdeadressat	229
2. Frist	229
3. Form	230
4. Entscheidung über die Vorschaltbeschwerde	230
III. Dritte Stufe: Gerichtliches Verfahren	231
1. Antrag auf gerichtliche Entscheidung	231
a) Adressat	232
b) Frist	232
c) Form und Anwaltszwang	233
d) Inhalt	234

aa) Sachverhaltsdarstellung	235
bb) Gang des Ermittlungsverfahrens und Beweismittel	236
cc) Persönliche Verfahrensvoraussetzungen	237
dd) Einhaltung der Verfahrensfristen	237
ee) Gang des Klageerzwingungsverfahrens	238
ff) Argumentative Ausräumung von möglichen Verfahrenshindernissen	238
gg) Fremdsprachige Dokumente	239
hh) Verfassungsrechtliche Grenzen der Darlegungspflichten des Antragstellers im Klageerzwingungsverfahren	239
2. Entscheidung des Gerichts	240
a) Verwerfung des Klageerzwingungsantrags	241
b) Stattgabe des Klageerzwingungsantrags	243
3. Rechtsmittel	244
E. Kosten und Finanzierung des Klageerzwingungsverfahrens	244
I. Einschlägiges anwaltliches Gebührenrecht	244
II. Gerichtliche Kostenentscheidung	245
1. Unzulässiger Antrag auf gerichtliche Entscheidung	245
2. Unbegründeter Antrag auf gerichtliche Entscheidung	246
3. Begründeter Antrag auf gerichtliche Entscheidung	246
4. Rücknahme des Antrags auf gerichtliche Entscheidung	246
5. Abbruch des Klageerzwingungsverfahrens ohne Antrag auf gerichtliche Entscheidung	247
6. Erfolgreiche Gehörsrüge	247
III. Prozesskostenhilfe	247
IV. Sicherheitsleistung	248
F. Wiederholung des Klageerzwingungsverfahrens und Alternativen	249
 Teil 9. Adhäsionsverfahren	 251
A. Einleitung	251
I. Vorteile	252
II. Nachteile	253
B. Zulässigkeit des Adhäsionsverfahrens	255
I. Antragsberechtigung	256
1. Verletzter	256
2. Erben	257
3. Sonstige Personen	257
4. Staatsanwaltschaft	257
5. Prozessfähigkeit	258

II. Antragsgegner	258
1. Beschuldigter	258
2. Jugendliche und Heranwachsende	258
3. Prozessfähigkeit	259
III. Aus der Straftat erwachsener vermögensrechtlicher Anspruch	259
IV. Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte	260
V. Besondere Verfahrensarten	261
C. Einleitung des Adhäsionsverfahrens	261
I. Zeitpunkt der Antragstellung	262
II. Form	263
III. Inhalt	263
IV. Wirkung	264
V. Zurücknahme	264
D. Ablauf der Hauptverhandlung	264
I. Rechte des Adhäsionsklägers	265
II. Rechte des Adhäsionsbeklagten	266
E. Abschluss des Adhäsionsverfahrens	267
I. Entscheidung durch Urteil	267
1. Antragsgemäßes Urteil	267
2. Grund- oder Teilurteil	268
3. Anerkenntnisurteil	268
4. Versäumnisurteil	268
II. Absehen von einer Entscheidung	268
1. Einstellung des Strafverfahrens	269
2. Verfahrenserledigung im Strafbefehlsverfahren	270
3. Freispruch oder sonstige Unbegründetheit	270
4. Keine Eignung zur Erledigung im Strafverfahren	270
a) Verfahrensverzögerung	271
b) Schwierige zivilrechtliche Fragestellungen	271
c) Außergewöhnlich hoher Streitwert	272
d) Zurückverweisung in der Rechtsmittelinstantz	272
III. Vergleich	273
IV. Vollstreckung	274
F. Rechtsmittel und Wiederaufnahme	274
I. Rechtsmittel des Antragstellers	274
1. Sofortige Beschwerde	274
2. Beschwerde	275
3. Berufung und Revision	275
II. Rechtsmittel des Angeklagten	275
III. Wiederaufnahmeantrag des Angeklagten	276
IV. Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft	276
G. Kosten des Adhäsionsverfahrens	276

I. Kostenentscheidung	276
II. Prozesskostenhilfe	277
III. Beiordnung eines Rechtsanwaltes	278
IV. Rechtsanwaltsvergütung	278

Teil 10. Opferentschädigung und sonstige finanzielle Hilfe für Verletzte von Straftaten	281
A. Opferentschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz . . .	281
I. Persönlicher Anwendungsbereich des OEG	281
II. Örtlicher und zeitlicher Anwendungsbereich des OEG . . .	282
III. Sachliche Anspruchsvoraussetzungen	283
1. Tötlicher Angriff	283
2. Vorsatz und Rechtswidrigkeit	285
3. Gesundheitliche Schädigung	285
4. Kein Ausschluss gem. § 2 OEG	286
a) Mitverursachung der Schädigung, § 2 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 OEG	286
b) Sonstige Unbilligkeit, § 2 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 OEG . . .	287
c) Mangelnde Mitwirkung bei der Tataufklärung, § 2 Abs. 2 OEG	288
d) Sonstige Ausschlussgründe	289
IV. Umfang der Entschädigungsleistungen	289
V. Verwaltungsverfahren	289
a) Zuständiges Versorgungsamt	289
b) Form und Frist des Entschädigungsantrags	290
c) Begründung und Beweislast	291
VI. Rechtsschutz	292
VII. Kosten und Rechtsanwaltsgebühren	292
B. Opferentschädigung durch Opferentschädigungsfonds	293
 Teil 11. Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung	 297
A. Täter-Opfer-Ausgleich	299
I. Anwendungsbereich	299
II. Voraussetzungen	300
1. Opferbegriff	300
2. Wiedergutmachung	300
B. Schadenswiedergutmachung	303
I. Anwendungsbereich	303
II. Voraussetzungen	303
1. Entschädigung	303
2. Erhebliche persönliche Leistung	304
3. Einbeziehung des Opfers	305

C. Prozessuales	305
I. Durchführung	305
II. Ausgleichsverfahren	306
D. Rechtsfolgen	307
E. Kosten und Vergütung	308

Teil 12. Einfluss des Völker- und Unionsrechts auf die Prozessstellung des Verletzten

A. Prozessuale Rechte des Verletzten in der EMRK	309
I. Anwendungsbereich des prozessualen Verletztenschutzes	310
II. Inhalt der Verpflichtung	312
1. Anforderungen an die Ermittlungen	312
2. Beteiligung Angehöriger von Amts wegen	315
3. Recht auf Strafverfolgung	315
III. Folgen von Verletzungen	316
IV. Prozessuale Geltendmachung der Gewährleistungen der EMRK	316
1. Geltendmachung im innerstaatlichen Verfahren	316
2. Geltendmachung vor dem EGMR	317
B. Prozessuale Rechte des Verletzten in der EU-Grundrechtecharta	318
I. Anwendbarkeit der GRC im innerstaatlichen Verfahren	318
II. EMRK-Regelungen als Mindeststandard	320
III. Über die EMRK hinausgehende Regelungen	320
IV. Geltendmachung im Verfahren	321
C. Prozessualer Schutz des Verletzten im Unionssekundärrecht – die EU-Opferrechtsrichtlinie	322
I. Opferbegriff	323
II. Informationsrechte des Opfers (Art. 3–9)	323
III. Prozessuale Beteiligung des Opfers am Strafverfahren (Art. 10–17)	324
IV. Anerkennung und Schutz des Opfers (Art. 18–24)	325
V. Geltendmachung im Verfahren	325

Teil 13. Musterformulare

Muster 1: Anwaltsvollmacht	329
Muster 2: Erklärung über die Entbindung von der Schweigepflicht	330
Muster 3: Anwaltliche Strafanzeige	331
Muster 4: Antrag auf Akteneinsicht	332

Muster 5: Antrag auf Beiordnung eines psychosozialen Prozessbegleiters auf Staatskosten	333
Muster 6: Antrag auf Beiordnung als Zeugenbeistand auf Staatskosten	334
Muster 7: Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit	335
Muster 8: Antrag auf Entfernung des Angeklagten	336
Muster 9: Anschlussklärung als Nebenkläger im Ermittlungsverfahren gem. § 395 Abs. 1 StPO	337
Muster 10: Anschlussklärung als Nebenkläger gem. § 395 Abs. 3 StPO im Zwischenverfahren	338
Muster 11: Anschlussklärung als Nebenkläger gem. § 395 Abs. 1 StPO im Hauptverfahren mit Antrag auf Beiordnung eines Nebenklagevertreters gem. § 397a Abs. 1 StPO	340
Muster 12: Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe gem. § 397a Abs. 2 StPO	341
Muster 13: Antrag auf Kostenfestsetzung gegenüber der Staatskasse	343
Muster 14: Antrag auf Kostenfestsetzung gegen den Verurteilten	344
Muster 15: Antrag auf Durchführung eines Sühneverfahrens . .	346
Muster 16: Privatklareschrift	347
Muster 17: Vorschaltbeschwerde gem. § 172 Abs. 1 S. 1 StPO .	348
Muster 18: Antrag auf gerichtliche Entscheidung im Klageerzwingungsverfahren gem. § 172 Abs. 2 S. 1 StPO (als Ermittlungs-erzwingungsverfahren)	350
Muster 19: Unbezifferter Adhäsionsantrag	354
Muster 20: Bezifferter Adhäsionsantrag	356
Sachverzeichnis	359